

72. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 16.01.2020

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Schriftführer Felix Kinzinger		
Gremiumsmitglieder: Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Lorenz Ilmberger Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörike Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Gerda Settele Franz Solfrank Simone Spratter Thomas Weingärtner Irmgard Zankl		
	Betina Mäusel Udo Guist Günter Peischl Philipp Schwarz	

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Herr Schwarz, Herr Peischl, Herr Guist und Frau Mäusel.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratulierte der Vorsitzende den Gemeinderatsmitgliedern Herrn Dr. Ernstberger, Frau Mörike und Frau Schödl nachträglich zum Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

981 21 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 21:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 12.12.2019, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Hauptamt

982 21 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüssen wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024
Hauptamt

983 21 **Bürgerhausvorplatz; Vorstellung des überarbeiteten Entwurfs**

Der Bürgermeister erinnert an Gemeinderatsbeschluss vom 9.10.2019, Nr. 942, in welchem Folgendes beschlossen wurde:

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Dem Empfehlungsbeschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 24.09.2019 wird gefolgt und dem Gestaltungsvorschlag Nr. 092502 der Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising, für die Umgestaltung des Bürgerhausvorplatzes mit folgenden Hinweisen zugestimmt:

- Der bestehende Spielplatz soll weiterhin erhalten bleiben. Eine entsprechende Beschattung/Bepflanzung wäre wünschenswert.
- Beim Wirtsgartenbereich wird ein alternativer Vorschlag (Riesel o. ähnlich) erwartet, da eine komplette Durchgrünung nicht dem Charakter und der Nutzung entspricht.
- Der Terrawaybelag soll rückgebaut werden, die Sprudler sollen erhalten bleiben.

Die Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising, sollen ihre Planung entsprechend den vorgenannten Hinweisen überarbeiten und dem Gemeinderat in einer seiner nächsten Sitzung vorstellen.

Die Kosten sind auf der HHSt. 76010.9540 zu verbuchen.

Der Vorentwurf des Ideenteils, wurde inzwischen überarbeitet und wird in der heutigen Sitzung vom Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, Freising, Herrn Martin mit folgenden Ansätzen vorgestellt:

A) Der bestehende Spielplatz soll weiterhin erhalten bleiben. Eine entsprechende Beschattung/ Bepflanzung wäre wünschenswert.

Aus fachlicher Sicht wäre es vorzuziehen, die Spielgeräte und das Spielplatzkonzept prinzipiell an dieser Stelle zu hinterfragen. Die gewünschte "Eingrünung" und Beschattung mit Bäumen mit Erhalt der bestehenden Spielgeräte wird im weiteren Planungsprozess geprüft. Gleichzeitig werde nach alternativen Möglichkeiten gesucht, die Standort- und Spielqualität durch eine Neuordnung und Ergänzung der Spielgeräte aufzuwerten.

B) Beim Wirtsgarten wird ein alternativer Vorschlag (Riesel o. ähnlich) erwartet, da eine komplette Durchführung nicht dem Charakter der Nutzung entspricht.

Es waren vereinzelte, kleine Belagsflächen im ursprünglichen Gestaltungskonzept bereits angedacht, aber noch nicht weiter detailliert ausgearbeitet. Im überarbeiteten Plan vom 25.11.2019 sind die unterschiedlichen Beläge und Oberflächen differenzierter und in größeren Umfang dargestellt. Entlang der Hauskante (Südostecke) soll ein Gehweg mit Betonpflaster erstellt werden. Die exakte Breite und die Anbindung an die Stufenanlage ist im weiteren Planungsprozess noch entsprechend der Örtlichkeit und Nutzungsansprüche auszuarbeiten. Die Rieselfläche wird grundsätzlich belassen.

C) Der Terrawaybelag soll rückgebaut werden, die Sprudler sollen erhalten bleiben.

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beide Punkte wurden in der Überarbeitung berücksichtigt. Darüber hinaus wurde der rote EPDM Fallschutzbelag (Ethylen-Propylen-Dien-(Monomer)-Kautschuk) entfernt, welcher bei diesen Spielgeräten eigentlich funktional nicht nötig ist. Generell wird vorgeschlagen, natürliche und organische Beläge vorzuziehen, wie z.B. Riesel, Rasen oder (farbigen) Holzschnitzel. Dies kann auf den Sicherheitsbereich der Spielgeräte beschränkt sein. Die Sprudler sollen wieder aktiviert werden. Denkbar wäre hier eine Fortsetzung der Hecke vom Spielplatz abwechselnd mit den Sprudlern.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass für die bisherige Planung der Landschaftsarchitekten Zuckschwert + Martin, 85354 Freising, die Gesamtkosten ca. 300.000,00 € brutto geschätzt (aus Wettbewerb) wurden.

Folgende Kostenschätzung wurde von Zuckschwert + Martin Landschaftsarchitektur GbR im Wettbewerb aufgestellt:

Gestaltungskonzept / Stand 11.06.2019

Realisierungsteil Sitzinseln Vorplatz ca. 79.000,00 € brutto

Ideenteil Wirtsgarten ca. 215.000,00 € brutto.

Überarbeiteter Entwurf und Fortführung / Stand 08.01.2020

Realisierungsteil Sitzinseln Vorplatz ca. 90.000,00 € bis 102.000,00 € brutto
Begründung: Größere Baumqualitäten, verstärkte Konstruktion

Ideenteil Wirtsgarten ca. 275.000 bis 300.000,00 € brutto
Begründung: Zusätzliche hochwertige Beläge, Überarbeitung Gehwegbereich bei den Sprudlern, Beschaffungskonzept und/oder Änderung im Spielplatzbereich. (ohne Kosten Technik Sprudlersanierung), zusätzliche Pflanzen in großen Pflanzqualitäten.

Terminschiene und Realisierung:

Realisierungsteil Sitzinseln Vorplatz - Zeitschiene

1. Fertigstellung Entwurf: Februar 2020
2. Werkplanung und Herstellung eines Prototyps der Kommunikationsinseln: März- Juni 2020
3. ggf. kleine Änderungen und Überarbeitung
4. Freigabe durch den Bauherrn/Gemeinde: Juli 2020
5. Ausschreibung, Angebotseinholung der restlichen fünf von insgesamt sechs Kommunikationsinseln: Anfang August - 2020
6. Vergabe, Produktion und Fertigstellung: ab ca. Ende August 2020 - Oktober 2020

Ergänzende Erläuterung zum Projektzeitenplan Realisierungsteil:

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Wie bereits erläutert wird vorgeschlagen, vor der Gesamtbeauftragung aller sechs Elemente einen Prototypen erstellen zu lassen, welche nach Sichtung und Prüfung durch die Gemeinde und Nutzer bewertet und freigegeben werden kann.

Ideenteil Wirtsgarten – Zeitschiene

1. Fertigstellung Entwurf: bis Ende Mai 2020
2. Freigabe Entwurf durch Bauherrn Anfang Juni 2020
3. Werkplanung Juli / August 2020 Freigabe Werkplanung durch Bauherrn Anfang September 2020 (vor der Sommerpause)
4. Ausschreibung, Versand Unterlagen zur Angebotseinholung an Bieter Oktober 2020
5. Submission Ende 2020 / Anfang 2021 Ausführungsbeginn (witterungsbedingt) Anfang 2021

Ergänzende Erläuterung zum Projektzeitenplan Ideenteil:

Eine Fertigstellung der Baumaßnahmen im Wirtsgarten bis zum Wintereinbruch Ende 2020 scheint auch bei ambitioniertem Zeitplan unrealistisch. Eine offene Winterbaustelle mit Baubeginn im Spätherbst und witterungsbedingten Baubehinderungen ist auch nicht sinnvoll. Daher wird eine Zeitschiene mit Fertigstellung der Planung und Angebotseinholung bis Ende 2020 und ein Baustellenbeginn mit zügigem Baufortschritt Anfang 2021 angestrebt.

Dem Gremium wurde der Vorentwurf-Vorabzug, Stand 25.11.2019, zugestellt.

Beschluss: 21 : 0

Das Gremium stimmt dem überarbeiteten Vorentwurf vom 25.11.2019 zu. Die entstehenden Baukosten in Höhe von rund 402.000,00 € brutto (zzgl. Baunebenkosten HHSt.76010.9590) werden genehmigt und sind im Haushalt 2020 ff. unter der HHSt. 76010.9540 zu verbuchen.

AZ 631
Bauamt

984 21 Förderprogramm der Gemeinde Unterföhring zum Thema Mobilität

Der Bürgermeister erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderats vom 18.05.2017 Nr. 575, vom 09.10.2019 Nr. 944 und vom 14.11.2019 Nr. 957.

Es soll ein eigenes Förderprogramm zum Thema Mobilität für die Gemeinde erstellt werden. Die Förderung soll Räder, E-Bikes, Lastenräder, E-Lastenräder, der Umbau zum E-Bike, Fahrrad Anhänger, überdachte Fahrradabstellanlagen und E-Ladestationen zur Eigennutzung umfassen.

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die bereits bestehende E-Mobilität Förderung im Rahmen des Energiesparförderprogramms (Stand 08.03.2018) soll von dieser losgelöst und in erweiterter Form eine eigenständige Förderung darstellen. Das bisher gültige Energiesparförderprogramm soll in diesem Zuge aktualisiert werden.

Die Förderung soll nach folgenden Grundsätzen für die Bürgerinnen und Bürger, sowie Gewerbetreibende angeboten werden:

A. Rahmenbedingungen zur Förderung von Rädern/E-Bikes/Lastenräder/E-Lastenräder/Umbau zum E-Bike oder Fahrradanhänger

Allgemeine Fördervoraussetzungen

- Pro Haushalt werden max. 2 Räder/Lastenräder/E-Bikes/E-Lastenräder/Umbau zum E-Bike und 1 Fahrradanhänger gefördert.
- Pro Gewerbe werden max. 10 Räder/Lastenräder/E-Bikes/E-Lastenräder/Umbau zum E-Bike und 2 Fahrradanhänger gefördert.
- Die Antragsteller müssen mindestens 3 Jahre mit Hauptwohnsitz oder seit 3 Jahren mit ihrem Gewerbe in Unterföhring ansässig sein, der Nachweis ist durch die Antragsteller zu erbringen. Es muss eine Kopie des Ausweises, der Gewerbebeanmeldung oder Steuerbescheids (Freiberufler) mit Vermerk des Firmensitzes vorgelegt werden.
- Eine Beantragung der Fördergegenstände soll rückwirkend ein Jahr nach in Kraft treten des Förderprogramms möglich sein.
- Private, sowie gewerbliche Fördernehmer müssen eine Überprüfung der Nutzung am Wohn- oder Gewerbestandort tolerieren.
- Gefördert werden (E-)Räder oder Fahrradanhänger vom Händler. Es werden keine (E-)Räder oder Fahrradanhänger über Privatverkäufe oder Leasinggegenstände gefördert.
- Die (E-)Räder/Anhänger müssen eine Codierung aufweisen, hierzu ist ein Fotonachweis zu erbringen.
- StVO-Konformität des geförderten Rads/Anhänger (Beleuchtung und Klingel), die Bestätigung soll über den Händler erfolgen.
- Fördergegenstand: Kaufpreis/Umbaukosten des Rads, kein Zubehör, außer Beleuchtung und Klingel für die StVO Konformität
- Die Förderung kann anteilig zurückgefordert werden, wenn der Fördergegenstand innerhalb von 3 Jahren weiterverkauft/gegeben oder regelmäßig von anderen nicht im Haushalt befindlichen Personen genutzt werden
- Keine Förderung von Elektroräder ohne Tretantrieb, E-Roller, E-Scooter, sowie Räder ohne direkte Verbindung der Pedale zum Hinterrad (z.B. E-Rockit)
- Leasing ist von der Förderung ausgeschlossen
- Nach Vorlage aller erforderlichen Unterlagen wird der Antrag abschließend bearbeitet.

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Fördergegenstände

I. Fahrräder und Lastenräder	<ul style="list-style-type: none"> • 30%/max. 300,- Euro des Kaufpreises • keine Begrenzung aufgrund Bauart • 2 pro Haushalt • 10 pro Gewerbe
II. E-Bikes und E-Lastenräder	<ul style="list-style-type: none"> • 30%/max. 500,- Euro des Kaufpreises • keine Begrenzung aufgrund Bauart • 2 pro Haushalt • 10 pro Gewerbe
III. Fahrradanhänger	<ul style="list-style-type: none"> • 30%/max. 300,- Euro des Kaufpreises • 1 pro Haushalt • 2 pro Gewerbe
IV. Umbau zum E-Bike	<ul style="list-style-type: none"> • 30%/max. 500,- Euro der Umbaukosten • 2 pro Haushalt/Gewerbe

B. Rahmenbedingungen zur Förderung von der Errichtung überdachten Fahrradabstellanlagen und E-Ladstationen für E-Fahrzeuge

I. Überdachte Fahrradabstellplätze

Förderbedingungen	vorgeschlagene Förderbedingungen
<ul style="list-style-type: none"> • Förderung für Wohnbebauung und Gewerbe • Fördergegenstand sind die tatsächlich angefallenen Kosten für die Errichtung einer überdachten Fahrradabstellanlage. Der Nachweis ist mittel Rechnungen und Fotos zu belegen • Fördersatz: 30% der entstandenen Kosten, max. 1.500,-Euro brutto; pro Radabstellanlage • gute Zugänglichkeit der Abstellanlage für die Nutzer, durch ebenerdige Zufahrt oder Rampe, wenn baulich möglich • Witterungsschutz, mindestens wetterseitig • einhalten der zweckmäßigen Nutzung 	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung für Wohnbebauung und Gewerbe • Fördergegenstand sind die tatsächlich angefallenen Kosten für die Errichtung einer überdachten Fahrradabstellanlage. Der Nachweis ist mittel Rechnungen und Fotos zu belegen • Fördersatz: 30% der entstandenen Kosten, max. 150,- Euro brutto; pro Radabstellplatz mit Überdachung mit einer Grundfläche von 1,5m² • gute Zugänglichkeit der Abstellanlage für die Nutzer, durch ebenerdige Zufahrt oder Rampe, wenn baulich möglich • Witterungsschutz, mindestens wetterseitig • einhalten der zweckmäßigen Nutzung

Nach Vorschlag der Verwaltung soll von der bisher vorgesehenen max. 1.500,- Euro brutto, pro Radabstellanlage 10 m² Flächengröße Abstand genommen werden. Es soll pro errichtete überdachte Radstellplätze mit der Größe 1,5 m² ein Zuschuss von 30%, max. 150,- Euro gewährt werden können. Daraus ergibt sich folgender Aspekt:

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Fördersatz 30% der entstanden Kosten, max. 150,- Euro pro Radstellplatz mit Überdachung mit einer Grundfläche von 1,5m²

Die Errichtung einer überdachten Fahrradabstellanlage wäre bis zu einer Größe von 20 m² verkehrsfrei, bei Grundstücken ohne Bebauungsplan. Bei Grundstücken mit Bebauungsplanung ist die Errichtung von der Satzung des Bebauungsplans abhängig. Bei einer möglichen Überschreitung der 20 m² Fläche für überdachte Fahrradabstellplätze ist der Antragsteller für die baurechtliche Beantragung und Einhaltung gesetzlicher Vorgaben selbstverantwortlich.

Die Förderung von E-Ladestationen für den Heimgebrauch wurde mit Antrag der PWU-Fraktion vom 18.10.2019 in das Förderprogramm mitaufgenommen.

Es wurden zunächst bestehende Förderungen von anderen Kommunen wie folgt gesichtet:

Kommune	Förderung von E-Ladestationen
Landeshauptstadt München	40%, max. 3.000,- € pro Normalladepunkt (bis 22kW) und max. 10.000,- € pro Schnellladepunkt (ab 22kW) der Nettokosten, + 50%, max. 120,- € pro Ladepunkt für die Ertüchtigung des Hausanschlusses, max. 10 Ladepunkte
Unterhaching	25%, max. 3.000,- € für Solarcarport inkl. E-Ladestation
Hohenbrunn	25%, max. 1.000,- € für E-Ladestation, + 200,- €/kWp, max. 1.000,- € für eine neue PV-Anlage, + 300,- € einmalig für einen Batteriespeicher (nicht KfW-gefördert)
Unterschleißheim	Keine Förderung, dafür E-Auto-Zuschuss
Ismaning	Keine Förderung
Garching	25%, max. 500,- € für eine E-Ladestation zur Wand-/Bodenmontage im Heimgebrauch
Aschheim	30%, max. 450,- € für eine Wallbox für den privaten Gebrauch

Der Bau einer PV-Anlage mit Batteriespeicher wird über das Energiesparförderprogramm mit 100,-€ je 0,1 kWp installierter Spitzenanlagenleistung, max. 1.000,- € gefördert. Dies sollte zukünftig mit einer Förderung von E-Ladestationen für den Heimgebrauch kombiniert werden können, um die Nutzung von regenerativen Energien und E-Autos attraktiver zu gestalten.

Für die Gemeinde könnten folgende Aspekte für eine Förderung von E-Ladestationen für den Eigengebrauch gelten:

II. Ladestation für E-Fahrzeuge

- Fördergegenstand: Neuanschaffung und Montage einer E-Ladestation für Wand- oder Bodenmontage für den privaten Gebrauch und für Gewerbetreibende zur Eigennutzung; ausgenommen Leasinggeräten
- Fördersatz: 30% der entstandenen Kosten, max. 500,- Euro, brutto

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- 1 Ladepunkt pro Wohneinheit bei privaten Nutzern oder 10 pro Gewerbetreibenden zur Eigennutzung
- Standort der Ladeinfrastruktur muss in Unterföhring sein
- Mindestzeit der Nutzung: 36 Monate
- Nutzung von Strom aus 100% regenerativer Energie/Ökostrom-Nachweis bringt eine einmaliger Bonuszulage von 50,- Euro
- Eine mit der errichteten Ladestation gekoppelte PV-Anlage kann über das bestehende Energiesparförderprogramm (Stand 08.03.2018) der Gemeinde mit max. 1.000,- Euro bezuschusst werden. Die Förderung der PV-Anlage zur Speisung der E-Ladestation muss mit einem separaten Antragsformular beantragt werden.

Daraus ergeben sich folgende allgemeine Fördervoraussetzungen für den gesamten Abschnitt B.

- ☐ Die Antragsteller sind Privatpersonen, Gewerbetreibende, sowie Eigentümergeinschaften
- ☐ Der Förderantrag ist innerhalb von 12 Monaten nach Errichtung/Installation der Anlage zu stellen.
- ☐ Das Gelände auf dem die überdachte Radabstellanlage oder die E-Ladestation errichtet wird, muss sich auf Unterföhringer Flur befinden.
- ☐ Die Förderung kann anteilig zurückgefordert werden, wenn die bauliche Einrichtung bei Besichtigung nicht den Anforderungen entspricht und/oder vor 3 Jahren Nutzung wieder zurück gebaut wird.
- ☐ Die E-Ladestation ist ausschließlich zur Eigennutzung im Gebrauch (keine gewerbliche Vermarktung)
- ☐ Keine Förderung von gewerblichen E-Ladestationen.
- ☐ Leasing ist von der Förderung ausgeschlossen
- ☐ Nach Vorlage aller erforderlichen Unterlagen wird der Antrag abschließend bearbeitet.
- ☐ Der Antragsteller ist für die Planung, Ausführung und Einhaltung von gesetzlichen Vorschriften selbstverantwortlich.

Durch diese umfassende Fördermöglichkeit von umweltfreundlicher Mobilität für die Gemeinde soll ein attraktiver Anreiz geschaffen werden, Fahrten mit KFZ mit Verbrennungsmotor zu vermeiden. Die geförderten Fahrzeuge und Anlagen sollen sich positiv auf die Mobilität im Gemeindegebiet auswirken, in dem Schadstoffe (bspw. CO₂, Feinstaub, etc.), und Lärm gemindert wird. Dadurch soll eine Verringerung des Straßenverkehrs und Steigerung der Lebensqualität in Unterföhring erreicht werden.

Das Förderprogramm soll ab 01.01.2020 in Kraft treten und erhält den Stand 16.01.2020. Der Entwurf des Förderprogramms (Stand: 16.01.2020) wurde dem Gremium zugestellt.

Das neue Förderprogramm zum Thema Mobilität wird öffentlich bekannt gegeben (Gemeindeblatt, Homepage und Aushang).

Im Haushalt 2020 sind für die Förderung 60.000,- Euro unter 11420.7181 eingestellt.

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beschluss: 21 : 0

Das Gremium stimmt den vorgelegten Förderprogramm zur Thematik Mobilität mit Stand 16.01.2020, zur Förderung von (E-)Rädern/ (E-)Lastenrädern/Umbau zum E-Bike und Fahrradanhängern, sowie von überdachten Fahrradabstellanlagen und E-Ladestationen für die Eigennutzung, mit folgenden Änderungen, Festlegungen, Ergänzungen und Hinweisen zu:

A. Rahmenbedingungen zur Förderung von Rädern/E-Bikes/Lastenräder/E-Lastenräder/Umbau zum E-Bike oder Fahrradanhänger

- allgemeine Fördervoraussetzungen
- Fördergegenstände

B. Rahmenbedingungen zur Förderung von der Errichtung überdachten Fahrradabstellanlagen und E-Ladestationen für E-Fahrzeuge

Allgemeine Fördervoraussetzungen:

- Die Antragsteller sind Privatpersonen, Gewerbetreibende, sowie Eigentümergemeinschaften
- Das Gelände auf dem die überdachte Radabstellanlage oder die E-Ladestation errichtet wird, muss sich auf Unterföhringer Flur befinden.

I. Überdachte Fahrradabstellplätze

- Fördersatz: 30% der entstanden Kosten, max.150,- Euro pro Radstellplatz mit Überdachung mit einer Grundfläche von 1,5m²

II. Ladestationen für E-Fahrzeuge

Das Förderprogramm ist dahingehen zu aktualisieren.

Das Förderprogramm für Mobilität soll ab 01.01.2020 in Kraft treten und erhält den Stand 16.01.2020.

Das neue Förderprogramm soll über Gemeindeblatt, Aushang und Homepage öffentlich bekannt gegeben.

Die Ausgaben zum Förderprogramm Mobilität wird ab 2020 auf der neuen HHSt. 11420.7181 im Bereich Klimaschutz verbucht.

Die Richtlinien des Energiesparförderprogramm, Stand 08.03.2018 gültig ab 01.04.2018, ist von der Verwaltung zu aktualisieren. Der bisherige Punkt 2.6

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Mobilität ist zu streichen. Das aktualisierte Energiesparförderprogramm ist dem Gremium zur Entscheidung vorzulegen.

AZ 85
Bauamt

21 Anträge der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Hauptamt

985 21 Anträge der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN Antrag Urban Gardening in Unterföhring

Der Bürgermeister bringt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt mit dem Schreiben vom 13.11.2019, eingegangen bei der Gemeinde 10.12.2019 ein Angebot für Urban Gardening in Unterföhring zu etablieren, mit folgendem Inhalt zur Kenntnis:

„Die Gemeinde Unterföhring möge für Bürger ohne Garten und Möglichkeit Gemüse anzubauen, Parzellen und Hochbeete zur Verfügung stellen für den urbanen Gartenbau, auch genannt „Urban Gardening“. Zum einen soll als 1. Erprobungsphase ein geeignetes Grundstück im Außen- oder auch Innenbereich der Gemeinde gesucht werden für die Schaffung von Parzellen, die man als Unterföhringer gegen einen niedrigen Zins pachten kann. Zum anderen sollen auf Grünflächen der Gemeindewohnungen Hochbeete angeboten werden, die von den direkten Anwohnern gepachtet, bepflanzt und verantwortlich bewirtschaftet werden können. Die Gemeinde kümmert sich um die praktische Seite, wie Wasserversorgung und die Pachtverträge. Es werden Regeln aufgestellt wie die Flächen genutzt werden dürfen, also z.B. ausschließlich für den Anbau, keine Schuppen, Zäune etc.

Begründung:

Urbaner Gartenbau, auch Urban Gardening genannt, ist eine kleinräumige, gärtnerische Nutzung gemeindlicher oder städtischer Flächen im direkten Umfeld der Bewohner. Die umweltschonende Produktion und ein bewusster Konsum der eigenen Erzeugnisse stehen dabei als Gedanke im Vordergrund. In unserer Zeit haben immer mehr Menschen Interesse an Nahrungsmitteln, die umweltverträglich und sozial gerecht produziert werden. Dieses steigende Interesse an lokaler umweltverträglicher Nahrungsmittelproduktion fügt sich ein in eine Bewegung, die sich um das Wissen, Aufwerten oder Erhalten lokaler Erzeugnisse bemüht (z. B. Slow Food). Auch können durch diese lokale Nahrungsmittelherstellung Transportwege vermieden werden und somit der Ausstoß von Kohlendioxid verringert werden. Nicht jeder hat aber eigenen Garten. Und nicht jeder kann es sich leisten im Biomarkt einzukaufen.

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd. Nr. Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

So erlebt der urbane Gartenbau in den letzten Jahren in vielen Städten und Gemeinden großes Interesse. Neben der Teilversorgung mit den eigenen angebauten Produkten hat das Gärtnern in der unmittelbaren Nachbarschaft weitere Effekte: die Verbesserung des Mikroklimas, den Beitrag zur Artenvielfalt, die Sensibilisierung für nachhaltige Lebensstile usw. Beim Gärtnern entstehen Begegnung und Gemeinschaft für die Bewohner und Kinder lernen spielerisch nachhaltig produzierte Nahrungsmitteln zu schätzen.“

Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 5 : 16

Der Gemeinderat nimmt das Schreiben vom 13.11.2019, eingegangen am 10.12.2019, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum Urban Gardening zur Kenntnis:

Im Vorfeld wird in der Bevölkerung das Interesse an folgenden abgefragt.

Die Gemeinde stellt für die Bevölkerung ohne Garten und Möglichkeit Gemüse anzubauen, Parzellen und Hochbeete zur Verfügung.

Zunächst soll in der 1. Erprobungsphase ein geeignetes Grundstück im Innenbereich der Gemeinde gesucht werden, auf der Parzellen geschafft werden, welche gegen einen niedrigen Pachtzins für den Gemüseanbau genutzt werden sollen.

Auf Grünflächen der Gemeindewohnungen sollen Hochbeete bereitgestellt werden und von den direkten Anwohnern gepachtet, bepflanzt und selbstverantwortlich bewirtschaftet werden.

Die Gemeinde übernimmt die praktische Seite, wie die Wasserversorgung und die Pachtverträge.

Es sind Regeln zur Flächennutzung aufzustellen, wie die Flächen genutzt werden dürfen, also z. B. ausschließlich für den Anbau, keine Schuppen, Zäune, etc.

Die Ergebnisse der Befragung sind dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen und parallel dazu von der Verwaltung die Voraussetzung zur Umsetzung entsprechend vorbereitend zu prüfen.

Entsprechende Haushaltsmittel sind im HH 2020 und. ff. bei Umsetzung vorzusehen.

AZ 724
Bauamt

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

986

21

Anträge der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN

Antrag Online-Bürgerbeteiligungsplattform "Consul"

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt mit dem Schreiben vom 30.12.2019 (Eingegangen bei der Gemeinde Unterföhring am 30.11.2019) die Schaffung und Einrichtung einer Online-Bürgerbeteiligungsplattform namens „Consul“ in der Gemeinde Unterföhring.

Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Der Erste Bürgermeister erläutert den Antragstext.

Zusätzlich zu den bekannten Formen der Bürgerbeteiligung, wie Bürgerbegehren, Bürgerversammlung und Bürgeranträgen, etabliert die Gemeinde Unterföhring die Online-Bürgerbeteiligungsplattform „Consul“ und schafft somit eine digitale Form der politischen Beteiligung für Unterföhringer*innen.

„Consul“ ist ein Open-Source-Projekt, das von Mehr Demokratie in Bayern e.V. entwickelt wurde und in einigen Städten Europas bereits erfolgreich etabliert ist. „Consul“ bietet von der Entwicklung von Initiativen, über die Beteiligung an Debatten bis hin zu Abstimmungen technisch alle Möglichkeiten.

Die Gemeinde Unterföhring sollte sich zunächst auf die folgenden Punkte konzentrieren:

1. Debatten und Meinungsbildung zu aktuellen Themen in der Gemeinde
2. Einbringen von Initiativen und Vorschlägen an den Gemeinderat
3. Bereitstellung eines Bürgerhaushalts

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen und die notwendigen Schritte zur Einführung der Online-Bürgerbeteiligungsplattform „Consul“ vorzubereiten. Zur Beratung im Gemeinderat soll Herr Strohmenger von Mehr Demokratie in Bayern e.V. als Referent geladen werden.

Der Antragsteller begründet seinen Antrag wie folgt.

„Consul“ wird bereits in Europa von einigen größeren Kommunen erfolgreich genutzt. Unterföhring wäre eine der ersten Kommunen Deutschlands, die sich an dem Projekt beteiligt und somit Vorreiter im digitalen Bereich der Bürgerbeteiligung.

Nachdem die kostenlose Software technisch alle Möglichkeiten bietet und im Hinblick auf die Nutzung durch die Kommune alles ermöglicht, aber nichts vorschreibt, halten wir diese Software für geeignet, eine qualitativ gute und gewinnbringende Online-Bürgerbeteiligung in Unterföhring einzuführen. Bei dieser Software ist vieles offen und kann spezifisch für Unterföhring geregelt werden. Denkbar wäre beispielsweise, dass sich der Gemeinderat per Beschluss verpflichtet, eine im Netz entstandene Initiative zu beraten, wenn

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

mehr als 2% der Einwohner (also ca. 230 Unterschriften) online gezeichnet haben.

Jeder Unterföhringer, der sich über „Consul“ an politischen Debatten beteiligen möchte, müsste sich vorab registrieren und kann dann Anträge stellen, die ein bestimmtes Quorum erfüllen müssen, oder kann an den Diskussionen teilnehmen. Durch diese Registrierung wird u.a. sichergestellt, dass politische Auseinandersetzungen, im Gegensatz zu solchen auf Sozial-Media-Plattformen, auf einer sachlichen und konstruktiven Ebene bleiben. Unter registrierten Nutzern wird die Diskussion mit Sicherheit auf einem deutlich respektvolleren Niveau gegenüber anderen Teilnehmern geführt. Damit steigt auch die Bereitschaft sich einzubringen und mitzudiskutieren. Natürlich muss die Plattform an dieser Stelle personell betreut werden. Ein Administrator muss notfalls korrigierend einwirken können, sollten Debatten unsachlich geführt werden.

Zum Bürgerhaushalt:

Von der Verwaltung wird in Abstimmung mit dem Gemeinderat ein fixes Budget festgelegt, über das die Bürger*innen entscheiden können. Für die Einreichung von Vorschlägen wird eine zeitliche Frist festgelegt. Dann können die Bürger*innen. Dann können die Bürger*innen Vorschläge unterstützen und priorisieren. Danach überprüft die Verwaltung die Vorschläge auf ihre Durchführbarkeit. In einem weiteren Schritt werden die validierten Vorschläge mit ihrem veranschlagten Kostenrahmen veröffentlicht, damit die Bürger*innen darüber abstimmen können. Diejenigen Vorschläge, die die meisten Stimmen erhalten, werden umgesetzt, bis das Budget aufgebraucht ist.

Wir sehen in der Bürgerbeteiligungsplattform „Consul“ eine große Chance für eine gute und die Gemeinde voranbringende Online-Debattenkultur – als Ergänzung zur repräsentativen Verfasstheit der Gemeinde. Alle Bürger*innen, junge wie ältere, würden direkt in die Politik einbezogen und könnten zu strittigen örtlichen Themen konkrete Vorschläge einbringen und diese direkt in die Politik geben. Der Bürgerhaushalt führt zu mehr Bewusstheit der politischen Zusammenhänge und Vorgänge und letztlich dann zu mehr Verantwortungsgefühl gegenüber der eigenen Gemeinde und deren Haushalt.

Beschluss: 3 : 18

Der Gemeinderat nimmt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zur Einrichtung einer Online-Bürgerbeteiligungsplattform „Consul“ vom 30.12.2019 zur Kenntnis.

Zusätzlich zu den bekannten Formen der Bürgerbeteiligung, wie Bürgerbegehren, Bürgerversammlung und Bürgeranträgen, etabliert die Gemeinde Unterföhring die Online-Bürgerbeteiligungsplattform „Consul“ und schafft somit eine digitale Form der politischen Beteiligung für Unterföhringer*innen.

„Consul“ ist ein Open-Source-Projekt, das von Mehr Demokratie in Bayern e.V. entwickelt wurde und in einigen Städten Europas bereits erfolgreich etabliert ist. „Consul“ bietet von der Entwicklung von Initiativen, über die

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Beteiligung an Debatten bis hin zu Abstimmungen technisch alle Möglichkeiten.

Die Gemeinde Unterföhring sollte sich zunächst auf die folgenden Punkte konzentrieren:

1. Debatten und Meinungsbildung zu aktuellen Themen in der Gemeinde
2. Einbringen von Initiativen und Vorschlägen an den Gemeinderat
3. Bereitstellung eines Bürgerhaushalts

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit zu prüfen und die notwendigen Schritte zur Einführung der Online-Bürgerbeteiligungsplattform „Consul“ vorzubereiten. Zur Beratung im Gemeinderat soll Herr Strohmenger von Mehr Demokratie in Bayern e.V. als Referent geladen werden.

AZ 026
Hauptamt

987 21 **Bekanntgaben / Anfragen**

AZ 024
Hauptamt

987 21 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 01/2020 Sachstand Boulderwand bei Kinder- und Jugendfarm

Der Vorsitzende informiert darüber, dass eine Genehmigung voraussichtlich noch im Laufe des Januars 2020 erfolgen wird.

Dies teilte das Landratsamt München (Frau Gehrke) am 16.01.2020 telefonisch mit.

AZ 602
Bauamt

987 21 **Bekanntgaben / Anfragen**
BEK 01/2020 Mitteilung Deutsche Post Schließung Filiale Feringasträße
(während Renovierung Marktkauf)

Der Bürgermeister verliest das Schreiben der Deutschen Post AG vom 20.12.2019.

Die Deutsche Post AG teilte in diesem Schreiben mit, dass wegen Umbauarbeiten im Marktkauf die Postfiliale in der Feringastr. 16, Unterföhring, vorübergehend geschlossen wird.

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Eine Wiedereröffnung soll nach Aussage des Marktkaufes im November 2020 erfolgen.

AZ 60
Hauptamt

987

21

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 01/2020; VHS/Musikschule Wasserschaden - Räumlichkeiten für den Musikunterricht

Aufgrund des Wasserschadens in Haus 3 und 4 der neuen VHS und Musikschule, Am Bahnhof 13 mussten Ausweichmöglichkeiten geschaffen werden, um den Musikunterricht weiter fortführen zu können.

Zusätzlich zu den bereits bezogenen Räumlichkeiten im alten Hortgebäude an der Schulstr. 1 wurde über die Firma Kleusberg ein Container angemietet und am 19.12.2019 im ersten Innenhof der VHS aufgestellt.

Der Container hat eine Größe von ca. 18 m² und wird für Klavier- und Gitarrenunterricht durch die Musikschule genutzt.

Die Mietkosten belaufen sich auf 348,00 Euro brutto pro Monat. Der Container wurde vorerst für 6 Monate angemietet.

Nach aktuellem Planungsstand wird mit der Schadensbehebung in der 6. KW begonnen und dauert ca. 5 – 6 Monate.

AZ 620
Bauamt

987

21

Bekanntgaben / Anfragen

BEK 01/2020 Bekanntgabe Antrag Agenda21 verkehrsrechtliche Änderungswünsche

Der Bürgermeister berichtet über den Antrag der Agenda21 vom 01.12.2019 über verkehrsrechtliche Änderungswünsche, welcher unter Bezugnahme auf die Beiträge in der Bürgerversammlung 2019 gestellt wurde.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass dieser Antrag im Verkehrsworkshop am 22.01.2020 behandelt wird.

AZ 1406
Bauamt

72. Sitzung des Gemeinderates vom 16.01.2020

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

987

21

Bekanntgaben / Anfragen

Anfrage Frau Schödl - Wiederinbetriebnahme E-Ladestation nach Baumaßnahme VHS

Frau Schödl erkundigt sich, wann die E-Ladestation an der VHS / Musikschule wieder verfügbar ist.

Der Bürgermeister gibt bekannt, dass die E-Ladestation, sobald der Strom der BayernWerke wieder hergestellt wurde, wieder zur Verfügung steht.

AZ 140
Bauamt

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern und der Pressevertreter*innen für ihren Besuch und schließt die Sitzung um 21:50 Uhr.

Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister

Felix Kinzinger
Schriftführer